WP-01-K3-1016

Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Hans Mönninghoff (KV Hannover)

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 1016 bis 1030:

~~Unsere Außenpolitik steht im Bewusstsein für unsere Geschichte und die Verantwortung, die unser Land mit dem Grauen des Zweiten Weltkriegs und dem Holocaust auf sich geladen hat. Das Existenzrecht Israels ist für uns unverhandelbar. Wir stehen ein für die Sicherheit von Jüdinnen und Juden und das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser*innen. Dauerhafte Sicherheit für Israelis und Palästinenser*innen ist nur durch einen politischen Prozess und eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung auf Basis der Grenzen von 1967 möglich. Dafür setzen wir uns ein. Aus unserer Geschichte ergibt sich auch die Verantwortung, für das humanitäre Völkerrecht einzutreten, um menschliches Leid zu verhindern und Warnsignale ernst zu nehmen. Deswegen haben wir uns so intensiv dafür eingesetzt, dass die von der Hamas festgehaltenen Geiseln befreit werden, die Zivilbevölkerung geschützt wird, die humanitäre Hilfe die Menschen erreicht und es zu einem Waffenstillstand kommt. Das Leid in Gaza ist unerträglich. Jedes Menschenleben ist gleich viel wert. Menschlichkeit ist unteilbar.~~

Deutschlands geschichtliche Verantwortung verpflichtet uns, die Existenz Israels zu verteidigen. Der Staat Israel hat selbstverständlich das Recht, sich gegen Angreifer wie Hamas und die Hisbollah und Staaten aus der Region militärisch zur Wehr zu setzen, die den Staat vernichten wollen. Wir verurteilen das Attentat der Hamas von 10/2023 aufs Schärfste und fordern, dass die Hamas alle Geißeln sofort freilässt. Es ist außerdem ein Kriegsverbrechen, das die Hamas und die Hisbollah ihre Angriffe auch versteckt von Schulen, Krankenhäusern und anderen zivilen Einrichtungen aus durchführt und damit die Zivilbevölkerung als Schutzschild missbrauchen. In Deutschland dürfen propalästinensischen Gruppierungen Terroranschläge gegen die Zivilbevölkerung in Israel nicht länger in Schriften und auf Demonstrationen feiern.

Unsere Solidarität mit Israel endet aber, wenn Israel selbst Kriegsverbrechen gegen die Bevölkerung des Gazastreifens und im Libanon begeht, indem es massenhaft zivile Ziele, unter anderen Schulen und Krankenhäuser bombardiert und damit für den Tod vieler tausender Zivilistinnen und Zivilisten, darunter zahlreicher Kinder, sowie die Binnenvertreibung von über 80 % der Bevölkerung verantwortlich ist. Die großflächige Zerstörung des Gazastreifens sowie das Leid der Zivilbevölkerung müssen dringend beendet, und eine ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln, Unterkünften und Medizin gewährleistet werden.

Die völkerrechtswidrige Enteignung und Beschlagnahme palästinensischen Grundeigentums in den besetzten Gebieten muss rückgängig gemacht werden, die Übergriffe jüdischer Siedler*innen gegen nichtjüdische Einwohner*innen dürfen nicht länger von der Regierung geduldet werden, sondern müssen sofort eingestellt und angemessen geahndet werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass aus Deutschland keine Waffen mehr nach Israel exportiert werden, bis der Staat seine Politik in obigen Punkten ändert. Finanziert werden sollen ausschließlich humanitäre Projekte und Projekte ziviler Organisationen, die sich für die Verständigung zwischen Israel und den Palästinensern engagieren.

Begründung

Der Vorschlag des BoVo ist zu allgemein. Unsere Wähler*innen erwarten eine klare Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen auf beiden Seiten.

weitere Antragsteller*innen

Walter Zuber (KV Aurich-Norden); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Elke Roskosch-Buntemeyer (KV Oldenburg-Stadt); Stephan Wiese (KV Lübeck); Diethardt Stamm (KV Wetterau); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Reinhard Prüllage (KV Grafschaft Bentheim); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Zohra Mojadeddi (KV Hamburg-Wandsbek); Norbert Fleige (KV Hamburg-Bergedorf); Tabitha Elkins (LV Bayern); Friedel Grützmacher (KV Berlin-Kreisfrei); Martin Roger (KV Hannover); Claudia Laux (KV Coburg-Land); Beate Herkendell (KV Hannover); sowie 31 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.